

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2008

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2008



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Verabschiedet an der Mitgliederkonferenz der SP MigrantInnen Schweiz vom 18. Mai 2019

Lasst uns eine inklusive Gesellschaft bauen, und dem Potenzial der Migrantinnen eine Chance geben!

Migrantinnen stehen für unterschiedlichste Wirklichkeiten: sie üben verschiedenste Tätigkeiten aus, verfügen über zahlreiche Qualifikationen und Fähigkeiten und bringen höchst verschiedenartige Erfahrungen mit sich. Dieses grosse Potenzial kommt aber vielfach kaum zum Tragen. Vielmehr sehen sich die meisten Migrantinnen mit einer doppelten Diskriminierung konfrontiert: Sie werden als Migrantin und als Frau weniger wahrgenommen und bekommen weniger Chancen sich einzubringen, mitzureden und mitzubestimmen. Ihr Zugang zu Arbeit, Bildung und Politik ist ungenügend. Migrantinnen werden oft vergessen oder als passiv dargestellt, wenn über eine inklusive Gesellschaft gesprochen wird.

Für viele entsteht so das Gefühl der Unsichtbar- und Unhörbarkeit. «Man redet über uns, aber nicht mit uns», ist eine verbreitete Erfahrung von Migrantinnen in der Schweiz. Umso wichtiger ist es für die SP MigrantInnen, den Frauen unter der Migrationsbevölkerung eine starke politische Stimme zu geben und deren Würde, deren Rechte und Potenzial ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken: Unabhängig von der sehr unterschiedlichen Ausgangslage haben alle Frauen in der Migrationsbevölkerung ein Potenzial, das es wahrzunehmen gilt und das sie in aller Unabhängigkeit weiterentwickeln wollen.

Migrantinnen stehen in Lebenssituationen, die männliche Migranten so oft nicht teilen: Eine Migrantin hat namentlich als Mutter und Hausfrau weniger Chancen, die Sprache zu lernen und sich in der schweizerischen Gesellschaft zu integrieren. Sprache ist aber gerade für sie oft bedeutsamer als für Migranten. Frauen kümmern sich eher um die Schulbildung ihrer Kinder, und sie sind oft in Berufen tätig, die besonders gute Kenntnisse der lokalen Sprache erfordern (vielleicht mit Ausnahme des Reinigungsbereichs). Jene Arbeitsfelder, in denen Migrantinnen übervertreten sind, weisen jedoch oft besonders prekäre Arbeitsbedingungen auf. Migrantinnen sind dann die ersten, denen gekündigt wird. Unabhängig von der Erwerbsarbeit, sie sind auch in der Öffentlichkeit unterrepräsentiert.

Die SP MigrantInnen fordern deshalb:

1. Vom Diskriminierungsschutz zur positiven Aktion

- Anerkennung der gleichen Würde und der gleichen Rechte, unabhängig von Herkunft, Geschlecht und Aufenthaltsstatus: Die Teilhabe an den Menschenrechten ist unteilbar.
- Eigenständiger Aufenthaltsstatus von Migrantinnen in der Schweiz: Das Aufenthaltsrecht darf nicht länger an jenen des Ehepartners geknüpft werden.
- Gezielte Förderung: Der Diskriminierungsschutz in der Schweiz ist ungenügend und muss deutlich gestärkt werden. Gleiche Behandlung genügt aber nicht. Vielmehr kann das Ziel der Gleichstellung von Mann und Frau in der Migrationsbevölkerung nur erreicht werden, wenn darüber hinaus gezielte Förderprogramme lanciert werden. Nur so werden Migrantinnen in Arbeit, Bildung und Politik gleiche Chancen und gleiche Rechte erhalten.

2. Politische und gesellschaftliche Sichtbarkeit und Mitwirkung von Migrantinnen

- Eine starke Stimme für Migrantinnen an Parteiversammlungen und öffentlichen Veranstaltungen: Damit Frauen aus der Migrationsbevölkerung aus der Unsichtbarkeit heraustreten können, müssen Veranstaltende dafür sorgen, dass Migrantinnen überall zu Wort kommen, wo über Politik gesprochen wird.
- Keine Wahllisten ohne Migrantinnen: Der Anteil der Frauen mit Migrationshintergrund an unserer Wohnbevölkerung beträgt rund ein Viertel. Eine angemessene Repräsentanz von Migrantinnen auf allen Wahllisten muss das Ziel sein, was gezielte Förderprogramme zur Voraussetzung hat.

- Mentoringprogramme für Migrantinnen: Der Zugang zur Politik ist für Personen mit Migrationshintergrund nicht einfach. Besonders stark unterrepräsentiert sind Migrantinnen. Gezielte Mentoringprogramme sind ein wirksames Mittel, um ihre Sichtbarkeit zu erhöhen.
- Förderung vielfältiger Begegnungen mit und zwischen MigrantInnen: "Lebendige Bücher" (Living Library) ist eine Bibliothek, deren Bücher Menschen sind. Die "lebendigen Bücher" erzählen in rund einer halben Stunde aus ihrem Leben und von ihren Erfahrungen und eröffnen so die Chance, sich im direkten Gespräch mit Menschen zu Themen wie Immigration, Fremdenfeindlichkeit, Sexismus und Gewalt auseinanderzusetzen. Dies gilt auch für Projekte, in denen Migrantinnen ältere Menschen treffen und sie bei ihren alltäglichen Arbeiten unterstützen. Oder Vereine, in denen man zusammen jast, kocht und isst: die Begegnungsmöglichkeiten sind vielfältig.

3. Volle Teilhabe von Migrantinnen in Bildung und Arbeit

- Mutter-Kind-Spracheangebote: In jeder Gemeinde und in jedem Quartier braucht es Programme, die es Migrantinnen erlauben, ihre Kinder mitzunehmen, wenn sie die einheimische Sprache lernen: sei es im Quartierzentrum, sei es im Park, sei es im Anschluss an die Arbeit. Das Erlernen der Sprache verhilft zu mehr persönlicher Unabhängigkeit und stärkt das Selbstbewusstsein.
- Zugang zu Lehrstellen schaffen: In Basel fördert und begleitet AMIE junge Mütter, damit sie ihren Weg finden, Mutterschaft und Beruf vereinen zu können. Während eines Jahres bereiten sie sich auf den Berufseinstieg und den Arbeitsalltag als Mutter mit Betreuungspflichten vor. Dieses Programm hat sich bewährt und verdient in anderen Städten und Gemeinden Nachahmung.
- Existenzgründungen von Migrantinnen fördern: Dies gilt auch für das Programm Crescenda, dem ersten Zentrum für Existenzgründungen von Migrantinnen. Crescenda hat zum Ziel, Frauen mit Migrationshintergrund in eine nachhaltige berufliche und soziale Selbstständigkeit zu begleiten. Zu diesem Zweck führt Crescenda jährlich Aus- und Weiterbildungsprogramme durch und fördert das Empowerment und die Selbstwirksamkeit der Frauen – mit grossem Erfolg!
- Das Gespräch zwischen Müttern und Schule ausbauen: Der direkte Kontakt zwischen Lehrkräften, Schulbehörden und Migrantinnen ist unverzichtbar, um Vorurteile abzubauen und das gegenseitige Verständnis zu fördern. Die Schulen müssen ihre Informationspflicht aktiv wahrnehmen.
- Integrationsstellen müssen Migrantinnen stärker wahrnehmen: Die besondere Lebenssituation der Frauen in der Migrationsbevölkerung muss auch von den staatlichen Integrationsstellen weit stärker als bisher wahr- und ernstgenommen werden.
- Diversität in den RAV und allen anderen Behörden realisieren: Migrantinnen müssen im Kreis der Mitarbeitenden von Arbeitsvermittlungszentren RAV, allen anderen Behörden mit direktem Kontakt zu Migrantinnen und der Gesundheitsversorgung angemessen repräsentiert sein, damit ihre vielfältigen Erfahrungen und Sprachkenntnisse dort zum Tragen kommen können. Wo dies noch nicht umgesetzt ist, muss das Angebot an Dolmetscherinnen deutlich erhöht werden.
- Diplomanerkennung und Diplom-Validierung: Wer in seinem Herkunftsland ein Diplom gemacht hat, kann dies oft in der Schweiz nicht einbringen. Es braucht gezielte Mentoringprogramme, Berufsbegleitungen und Praktikumsmöglichkeiten, damit früher erworbene berufliche Fähigkeiten anerkannt und gezielt in die spezifischen Anforderungen der Arbeitswelt in der Schweiz eingebraucht werden können.
- Entpersonalisierte Rekrutierungsprozesse: Es braucht neue Bewerbungsverfahren, in denen Namen und Fotos nicht offengelegt werden, damit Diskriminierungen aufgrund ungewohntem Aussehen und ungewohnten Namen vermieden werden können.
- Einführung von einer Quote von mindestens einer Migrantin in einem Bewerbungsgespräch: Für jede offene Stelle – allen voran in staatlichen und staatsnahen Betrieben – muss mindestens eine Migrantin zum Bewerbungsgespräch eingeladen werden, denn nur allzu oft sind deren Fähigkeiten und Potenzial viel zu wenig bekannt.